

## **A N T W O R T**

zu der

Anfrage der Abgeordneten Heike Kugler (DIE LINKE.)

betr.: Einbürgerung im Saarland

Vorbemerkung der Landesregierung:

Die Fragen zu den Einbürgerungen im Saarland werden unter Bezug auf das vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr erarbeitete „Aktionsprogramm Zuwanderung“ gestellt. Das am 22.05.2015 vom „Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar“ verabschiedete „Aktionsbündnis Zuwanderung“ befasst sich mit Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern in den saarländischen Arbeitsmarkt. Aspekte der Einbürgerung werden darin nicht berührt.

Wie viele Personen haben in den letzten fünf Jahren einen Antrag auf Einbürgerung gestellt?

Zu Frage 1:

In den Jahren 2010 bis 2014 haben im Saarland insgesamt 6505 Personen die Einbürgerung beantragt.

Wie viele Anträge wurden in den letzten fünf Jahren abgelehnt, und welche Gründe lagen dafür vor?

Zu Frage 2:

In den Jahren 2010 bis 2014 wurden insgesamt 483 Einbürgerungsanträge abgelehnt. Die Gründe für die Ablehnungen werden statistisch nicht erfasst. Eine diesbezügliche Einzelauswertung der Akten ist mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht möglich.

Ausgegeben: 15.09.2015 (13.07.2015)

Wie viele Klageverfahren wurden in den letzten fünf Jahren durchgeführt und in wie vielen Fällen wurde die Ablehnung des Antrags bestätigt?

Zu Frage 3:

Klageverfahren werden statistisch nicht erfasst, so dass die Fallzahlen lediglich aufgrund einer handgeführten Verfahrensliste rekonstruiert werden konnten. Vor dem Hintergrund des Bezugs der Fragestellung auf die letzten 5 Jahre wurden die Klageerhebungen aus den Jahren 2010 bis 2014 ausgezählt.

Demnach wurden in den Jahren 2010 bis 2014 insgesamt 45 Klageverfahren mit staatsangehörigkeitsrechtlichem Bezug durchgeführt bzw. sind zum Teil noch rechtshängig. 40 Verfahren betrafen abgelehnte Einbürgerungsanträge. Davon bestätigte das Gericht in 16 Fällen die Ablehnung der Einbürgerungsanträge ausdrücklich, in 3 Fällen wurde die Einbürgerungsbehörde zur Vornahme der Einbürgerung verurteilt, 18 Verfahren wurden auf sonstige Weise beendet (zum Beispiel durch Klagerücknahme oder Vergleich) und 3 Verfahren sind derzeit noch rechtshängig.

Wie viele Anträge wurden in den letzten fünf Jahren zurückgenommen und welche Gründe lagen dafür vor? In wie vielen Fällen hat das Ministerium für Inneres den Antragsstellern anheimgestellt, den Antrag zurückzunehmen.

Zu Frage 4:

In den letzten fünf Jahren wurden 611 Einbürgerungsanträge zurückgenommen. Weder die Gründe für die Antragsrücknahmen, noch die Anzahl der Fälle, in denen vom Ministerium für Inneres und Sport eine Antragsrücknahme empfohlen wurde, werden erfasst. Eine Einzelauswertung der Verwaltungsakten ist mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht möglich. In Fällen, in denen die Einbürgerungsvoraussetzungen nicht vorliegen und auch nicht zeitnah mit dem Vorliegen zu rechnen ist, wird in der Regel eine Rücknahme des Einbürgerungsantrages empfohlen.

Wie viele Personen sind in den letzten 5 Jahren insgesamt, differenziert nach

- a) Rechtsgrundlage (§§ 8, 9 oder 10 StAG)
- b) Staatsangehörigkeit (zehn häufigste Herkunftsländer)
- c) Alter
- d) Geschlecht
- e) Aufenthaltsdauer nach Jahren eingebürgert worden?

(Bitte die prozentuale Abweichung zum Vorjahreswert angeben.)

Zu Frage 5:

Die in Frage 5 erfragten Daten ergeben sich aus den jährlichen Erhebungen gemäß § 36 StAG und sind über das Statistische Amt beim Landesamt für Zentrale Dienste öffentlich zugänglich.

Soweit zur Beantwortung der Fragen die Veränderungsquote im Bezug auf den Vorjahreswert zu berechnen war, wurden die Prozentangaben jeweils mathematisch gerundet.

	2010	Veränderungen 2010/2009
<b>Einbürgerungen insgesamt:</b>	1146	- 17 %
<b>a) Rechtsgrundlagen</b>		
• § 8 StAG	53	- 21 %
• § 9 StAG	98	- 31 %
• § 10 Abs. 1 StAG	818	- 14 %
• § 10 Abs. 2 StAG	176	- 20 %
• sonstige	1	- 50 %
<b>b) häufigste Herkunftsländern:</b>		
• Türkei	354	- 4 %
• Serbien	60	- 67 %
• Irak	51	+ 76 %
• Italien	47	- 8 %
• Ukraine	43	+ 26 %
• Sri Lanka	41	+ 33 %
• Bosnien Herzegowina	37	+ 95 %
• Syrien	32	+ 18 %
• Libanon	29	+ 31 %
• Polen	24	- 56 %
<b>c) Alter bei Einbürgerung</b>		
• unter 6 Jahre	33	- 3 %
• 6 – 16 Jahre	242	- 7 %
• 16 – 18 Jahre	44	- 23 %
• 18 – 23 Jahre	151	- 32 %
• 23 – 35 Jahre	320	- 14 %
• 35 – 45 Jahre	222	- 20 %
• 45 – 60 Jahre	110	- 20 %
• 60 Jahre und älter	24	- 4 %
<b>d) Geschlecht</b>		
• männlich	577	- 17 %
• weiblich	569	- 18 %
<b>e) Aufenthaltsdauer</b>		
• unter 8 Jahre	147	- 19 %
• 8/9 Jahre	87	- 10 %
• 9-15 Jahre	439	- 21 %
• 15-20 Jahre	252	- 21 %
• 20 und mehr Jahre	221	- 3 %

	2011	Veränderungen 2011/2010
<b>Einbürgerungen insgesamt:</b>	1050	- 8 %
<b>a) Rechtsgrundlagen:</b>		
• § 8 StAG	41	- 23 %
• § 9 StAG	89	- 9 %
• § 10 Abs. 1 StAG	815	- 0,4 %
• § 10 Abs. 2 StAG	105	- 40 %
• Sonstige	-	- 100 %
<b>b) häufigste Herkunftsländer</b>		
• Türkei	269	- 24 %
• Italien	69	+ 47 %
• Ukraine	53	+ 23 %
• Serbien	51	- 15 %
• Russland	37	+ 61 %
• Polen	32	+ 33 %
• Kasachstan	29	+ 26 %
• Syrien	28	- 13 %
• Bosnien Herzegowina	27	- 27 %
• Sri Lanka / Irak	je 24	- 41 % / - 53 %
<b>c) Alter</b>		
• unter 6 Jahre	21	- 36 %
• 6 – 16 Jahre	170	- 30 %
• 16 – 18 Jahre	48	+9 %
• 18 – 23 Jahre	164	+ 9 %
• 23 – 35 Jahre	300	- 6 %
• 35 – 45 Jahre	220	- 1 %
• 45 – 60 Jahre	105	- 5 %
• 60 Jahre und älter	22	- 8 %
<b>d) Geschlecht</b>		
• männlich	513	- 12 %
• weiblich	537	- 6 %
<b>e) Aufenthaltsdauer</b>		
• unter 8 Jahre	103	- 30 %
• 8/9 Jahre	74	- 15 %
• 9-15 Jahre	402	- 8 %
• 15-20 Jahre	235	- 7 %
• 20 und mehr Jahre	236	+ 7 %

	2012	Veränderungen 2012/2011
<b>Einbürgerungen insgesamt:</b>	1336	+ 27 %
<b>a) Rechtsgrundlagen:</b>		
• § 8 StAG	42	+ 2 %
• § 9 StAG	94	+ 6 %
• § 10 Abs. 1 StAG	1036	+ 27 %
• § 10 Abs. 2 StAG	152	+ 45 %
• Sonstige	12	-
<b>b) häufigste Herkunftsländer</b>		
• Türkei	399	+ 48 %
• Italien	111	+ 61 %
• Syrien	52	+ 86 %
• Ukraine	43	- 19 %
• Bosnien	38	+ 41 %
• Kosovo	36	+ 112 %
• Marokko	29	+ 53 %
• Vietnam	26	+ 136 %
• Sri Lanka	24	+/- 0 %
• Iran	23	+ 156 %
<b>c) Alter</b>		
• unter 6 Jahre	46	+ 119 %
• 6 – 16 Jahre	229	+ 35 %
• 16 – 18 Jahre	52	+ 8 %
• 18 – 23 Jahre	204	+ 24 %
• 23 – 35 Jahre	364	+ 21 %
• 35 – 45 Jahre	286	+ 30 %
• 45 – 60 Jahre	123	+ 16 %
• 60 Jahre und älter	32	+ 45 %
<b>d) Geschlecht</b>		
• männlich	677	+ 32 %
• weiblich	659	+ 23 %
<b>e) Aufenthaltsdauer</b>		
• unter 8 Jahre	150	+ 46 %
• 8/9 Jahre	101	+ 36 %
• 9-15 Jahre	460	+ 14 %
• 15-20 Jahre	284	+ 21 %
• 20 und mehr Jahre	341	+ 45 %

	2013	Veränderungen 2013/2012
<b>Einbürgerungen insgesamt:</b>	1290	- 3 %
<b>a) Rechtsgrundlagen:</b>		
• § 8 StAG	41	- 2 %
• § 9 StAG	100	+ 6 %
• § 10 Abs. 1 StAG	999	- 4 %
• § 10 Abs. 2 StAG	131	- 14 %
• Sonstige	19	+ 58 %
<b>b) häufigste Herkunftsländer</b>		
• Türkei	362	- 9 %
• Italien	100	- 9 %
• Weißrussland	65	+ 1.200 %*
• Ukraine	65	+ 51 %
• Polen	59	+ 40 %
• Syrien	44	- 15 %
• Rumänien	38	+ 52 %
• Bosnien Herzegowina	36	- 5 %
• Kosovo	34	- 6 %
• Marokko	34	+ 17 %
<b>c) Alter</b>		
• unter 6 Jahre	32	- 30 %
• 6 – 16 Jahre	168	- 27 %
• 16 – 18 Jahre	53	+ 2 %
• 18 – 23 Jahre	210	+ 3 %
• 23 – 35 Jahre	399	+ 10 %
• 35 – 45 Jahre	260	- 9 %
• 45 – 60 Jahre	132	+ 7 %
• 60 Jahre und älter	36	+ 13 %
<b>d) Geschlecht</b>		
• männlich	587	- 13 %
• weiblich	703	+ 7 %
<b>e) Aufenthaltsdauer</b>		
• unter 8 Jahre	157	+ 5 %
• 8/9 Jahre	98	- 3 %
• 9-15 Jahre	417	- 9 %
• 15-20 Jahre	279	- 2 %
• 20 und mehr Jahre	339	- 1 %

\* Hinweis: in 2012 wurden nur 5 Personen aus Weißrussland eingebürgert, die entsprechend hohe Differenz der absoluten Einbürgerungszahlen erklärt diesen sehr hohen Wert der Veränderungsquote.

	2014	Veränderungen 2014/2013
<b>Einbürgerungen insgesamt:</b>	1150	- 14 %
<b>a) Rechtsgrundlagen:</b>		
• § 8 StAG	46	+ 12 %
• § 9 StAG	87	- 13 %
• § 10 Abs. 1 StAG	886	- 11 %
• § 10 Abs. 2 StAG	99	- 24 %
• Sonstige	32	+ 68 %
<b>b) häufigste Herkunftsländer</b>		
• Türkei	251	- 31 %
• Italien	151	+ 51 %
• Syrien	54	+ 23 %
• Polen	52	- 12 %
• Kosovo	42	+ 24 %
• Ukraine	35	- 46 %
• Irak	32	+ 33 %
• Russland	31	+ 15 %
• Rumänien	26	- 32 %
• Bosnien Herzegowina	26	- 28 %
<b>c) Alter</b>		
• unter 6 Jahre	26	- 19 %
• 6 – 16 Jahre	130	- 22 %
• 16 – 18 Jahre	39	- 26 %
• 18 – 23 Jahre	173	- 18 %
• 23 – 35 Jahre	315	- 21 %
• 35 – 45 Jahre	240	- 8 %
• 45 – 60 Jahre	157	+ 19 %
• 60 Jahre und älter	70	+ 95 %
<b>d) Geschlecht</b>		
• männlich	533	- 9 %
• weiblich	617	- 12 %
<b>e) Aufenthaltsdauer</b>		
• unter 8 Jahre	133	- 15 %
• 8/9 Jahre	65	- 34 %
• 9-15 Jahre	366	- 12 %
• 15-20 Jahre	207	- 26 %
• 20 und mehr Jahre	379	+ 12 %

In wie vielen Fällen erfolgte die Einbürgerung in den 5 letzten Jahren unter Hinnahme des Fortbestehens der bisherigen Staatsangehörigkeit? (Bitte differenziert nach den zehn häufigsten Herkunftsländern und den prozentualen Abweichungen zum Vorjahreswert.)

Zu Frage 6:

Die in Frage 6 erfragten Daten ergeben sich aus den jährlichen Erhebungen gemäß § 36 StAG und sind über das Statistische Amt beim Landesamt für Zentrale Dienste öffentlich zugänglich.

Soweit zur Beantwortung der Fragen die Veränderungsquote im Bezug auf den Vorjahreswert zu berechnen war, wurden die Prozentangaben jeweils mathematisch gerundet.

<b>2010</b>	<b>Anzahl der H.v.M.-Einbürgerungen</b>	<b>Veränderungsquote 2009/2010</b>
insgesamt	734* (ca. 504)	*
<b>10 häufigste Herkunftsländer bei H.v.M.-Einbürgerungen:</b>		
Türkei	245* (ca. 64)	*
Serbien	55	- 61 %
Irak	49	+ 75 %
Italien	47	- 6 %
Syrien	32	- 18 %
Libanon	29	- 31 %
Polen	24	- 53 %
Marokko	23	- 12 %
Frankreich	22	- 8 %
Iran	22	- 4 %

\* Diese Zahlen der Einbürgerungen unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit (H.v.M.) entsprechen den veröffentlichten statistischen Zahlen. Sie sind allerdings aufgrund einer Fehlfunktion im Fachprogramm beim statistischen Abschluss (Gleichsetzung von nur vorübergehender und dauernder Mehrstaatigkeit) fehlerhaft. Eine nachträgliche Auswertung ergab, dass die Mehrstaaterquote tatsächlich bei insgesamt ca. 44 % (ca. 504 Personen) der in 2010 erfolgten 1146 Einbürgerungen bzw. bei ca. 18 % (ca. 64 Personen) der insgesamt in 2010 erfolgten 354 Einbürgerungen türkisch stämmiger Personen lag.

Mangels korrekter Bezugswerte aus 2009 können Veränderungsquoten nicht angegeben werden.



<b>2011</b>	<b>Anzahl der H.v.M.- Einbürgerungen</b>	<b>Veränderungsquote 2010/2011</b>
insgesamt	448	- 11 %
<b>10 häufigste Herkunftsländer bei H.v.M.-Einbürgerungen:</b>		
Italien	69	+ 47 %
Türkei	48	- 25 %
Serbien	41	- 25 %
Polen	32	+ 33 %
Syrien	28	- 13 %
Libanon	21	- 28 %
Marokko	19	- 17 %
Bulgarien	18	+ 13 %
Irak	16	- 67 %
Griechenland	je 15	+ 1400 %*
Rumänien		- 6 %

\* 2010 wurde nur eine Person aus Griechenland eingebürgert, die daraus resultierende hohe Differenz von 14 Personen erklärt die ungewöhnlich hohe Veränderungsquote.

<b>2012</b>	<b>Anzahl der H.v.M.- Einbürgerungen</b>	<b>Veränderungsquote 2011/2012</b>
insgesamt	599	+ 34 %
<b>10 häufigste Herkunftsländer bei H.v.M.-Einbürgerungen:</b>		
Italien	111	+ 61 %
Türkei	67	+ 40 %
Syrien	52	+ 86 %
Polen	42	+ 31 %
Marokko	29	+ 53 %
Bulgarien	27	+ 50 %
Rumänien	25	+ 67 %
Iran	23	+ 156 %
Kosovo	23	+ 64 %
Algerien	18	+ 260 %

<b>2013</b>	<b>Anzahl der H.v.M.- Einbürgerungen</b>	<b>Veränderungsquote 2012/2013</b>
insgesamt	580	- 3 %
<b>10 häufigste Herkunftsländer bei H.v.M.-Einbürgerungen:</b>		
Italien	100	- 10 %
Polen	59	+ 40 %
Türkei	53	- 21 %
Syrien	44	- 15 %
Rumänien	38	+ 52 %
Marokko	34	+ 17 %
Bulgarien	23	- 15 %
Algerien	23	+ 28 %
Frankreich	20	+ 25 %
Irak	18	+ 29 %

<b>2014</b>	<b>Anzahl der H.v.M.- Einbürgerungen</b>	<b>Veränderungsquote 2013/2014</b>
insgesamt	608	+ 5 %
<b>10 häufigste Herkunftsländer bei H.v.M.-Einbürgerungen:</b>		
Italien	151	+ 51 %
Syrien	54	+ 28 %
Polen	52	- 12 %
Türkei	51	- 4 %
Rumänien	26	- 32 %
Frankreich	25	+ 25 %
Marokko	24	- 29 %
Kosovo	20	+ 67 %
Irak	18	+/- 0 %
Algerien	18	- 22 %

Das Bundesministerium des Inneren hat am 17. April 2009 „Vorläufige Anwendungshinweise“ zur Einbürgerung erlassen. Seither hat es sie weder aktualisiert, noch hat es Verwaltungsvorschriften erlassen. Vor dem Hintergrund haben viele Bundesländer eigene Verwaltungsvorschriften erlassen. Verfügt das saarländische Innenministerium auch über eigene Verwaltungsvorschriften? Wenn nein, warum?

Zu Frage 7:

Im Saarland wurden die Vorläufigen Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Inneren in der Fassung vom 05.02.2009 für verbindlich erklärt und damit eine Verwaltungsvorschrift geschaffen, die eine einheitliche Verfahrensweise im Land sicherstellt.

Bis Dezember 2014 gab es keine wesentlichen Veränderungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes, so dass keine Notwendigkeit bestand, die Anwendungshinweise zum Staatsangehörigkeitsgesetz zu aktualisieren. Erst das Zweite Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 13.11.2014, das am 20.12.2014 in Kraft getreten ist, macht nunmehr eine Anpassung der Anwendungshinweise an die neue Gesetzeslage erforderlich. Die entsprechenden Vorschläge des Bundesministeriums des Inneren werden derzeit im Ministerium für Inneres und Sport geprüft und gegebenenfalls in Kürze für verbindlich erklärt.